

Magistrat der Stadt Wien
Magistratsabteilung 64
Lerchenfelder Straße 4
A-1082 Wien
Tel.: (+43 1) 40 00-Dw
Fax: (+43 1) 40 00-99-89910
E-Mail: post@ma64.wien.gv.at
www.wien.at/ma64/

MA 64 - 4462/2011

Entwurf einer Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Entgelte für die Systemnutzung bestimmt werden (Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012, SNE-VO 2012);
Begutachtung;
Stellungnahme

Wien, am 24.11.2011

Termin: 28.11.2011

Vorher zur Einsicht:

Herrn amtsführenden
Stadtrat für Wohnen,
Wohnbau und Stadt-
erneuerung:

25. NOV. 2011

30. NOV. 2011

Energie-Control Austria

tarife@e-control.at

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zu dem Entwurf der im Betreff näher bezeichneten Verordnung wird seitens des Landes Wien wie folgt Stellung genommen:

Aufgrund der im Entwurf festgesetzten Entgelte für sonstige Leistungen bzw. der Festlegung von Höchstpreisen kann eine kostenorientierte Verrechnung für bestimmte Leistungen durch die Unternehmen nicht mehr erfolgen. Dies führt bei den Unternehmen zu erheblichen, derzeit nicht konkret bezifferbaren zusätzlichen finanziellen Belastungen bzw. zu einer Verminderung der Einnahmen. Wenn der Netzbetreiber, diese Leistungen nicht dem jeweiligen Verursacher verrechnen kann, werden diese Kosten letztendlich der Allgemeinheit zur Last fallen. Dies wird jedenfalls abgelehnt.

Ad § 2 (Kostenwälzung):

Nach § 2 des Verordnungsentwurfs sind künftig 65% der Kosten des Übertragungsnetzes mit Hilfe des „Brutto- Wälzverfahrens“ zu berücksichtigen. Gemäß § 62 Abs. 3 EIWOG 2010 dürfen maximal 70% der Gesamtkosten der Übertragungsnetzbetreiber nach der Bruttomethode (Kostenwälzung nach der Bruttobetrachtung) auf die unterlagerten Netzebenen „gewälzt“ werden, die Regulierungsbehörde hat somit den in § 62 Abs. 3 EIWOG 2010 „verankerten“ Höchstsatz von 70 Prozent nicht im vollen Ausmaß ausgenutzt. Ein Vergleich mit der derzeit geltenden Systemnutzungsverordnung 2010 idF der Novelle 2011 zeigt jedoch, dass sich der prozentuelle Anteil der „vorgelagerten Netzkosten“, die mit Hilfe des Brutto- Wälzverfahrens auf die untergelagerten Netzebenen „weiterverrechnet“ werden, erhöht hat. Nach derzeitiger Rechtslage dürfen nur 60% der Kosten mit Hilfe des „Brutto- Wälzverfahrens“ weiter verrechnet werden.

Mittelfristig sollte schrittweise eine Wälzung der Kosten des Übertragungsnetzes zu 50% mit Hilfe der Brutto- und zu 50% mit Hilfe der Nettomethode vorgenommen werden. Dies aus folgenden Gründen:

§ 62 Abs. 3 EIWOG 2010 bestimmt, dass bei der Bestimmung der Entgelte des Höchstspannungsnetzes das zugrunde zu legende Verfahren der Kostenwälzung von der Regulierungsbehörde unter angemessener Berücksichtigung von Gesichtspunkten einer Brutto- und Nettobetrachtung durch Verordnung gemäß § 51 Abs. 3 EIWOG 2010 zu bestimmen ist. Kosten für die Vorhaltung der Sekundärregelleistung, sowie für die Bereitstellung von Netzverlusten sind in der Brutto- und Nettobetrachtung nicht zu berücksichtigen. Mit Hilfe der Bruttomethode dürfen maximal 70% der Kosten des Übertragungsnetzes gewälzt werden.

Die Anwendung einer Kostenwälzung nach der Nettobetrachtung (Nettomethode) trägt dem Grundsatz der verursachungsgerechten Kostenzuordnung Rechnung, indem nur die tatsächlich an die unmittelbar unterlagerte Netzebene abgegebene Strommenge Basis für die Kostenaufteilung ist, weil ein vorgelagertes Netz nur im Ausmaß der daraus erfolgenden Stromentnahmen in Anspruch genommen wird. Eine Anwendung dieser Methode berücksichtigt daher die tatsächlichen Energieflüsse bei der Kostenwälzung und entspricht somit dem im EIWOG 2010 verankerten Prinzip der verursachungsgerechten Kostenzuordnung. Eine Berücksichtigung der

Nettomethode im Ausmaß von 50% würde einen Anreiz schaffen, dass auch künftig Kraftwerke verbrauchsnahe errichtet werden. Damit würden die Netzverluste verringert werden. Eine Verringerung der Netzverluste ist letztlich eine Maßnahme zur Verbesserung der Energieeffizienz.

Wenn es nach Ansicht der Regulierungsbehörden sachlich gerechtfertigt ist, einen höheren Anteil der vorgelagerten Netzkosten mit Hilfe der Bruttomethode auf die untergelagerten Netzebenen zu wälzen, sollte dies in den Erläuterungen im Detail angeführt werden.

§ 2 Abs. 1 Satz 1 der SNE-VO 2012 hätte wie folgt zu lauten:

„Für die Kostenwälzung des Übertragungsnetzes wird ein Anteil von 55 vH der nach Abzug der Kosten für Sekundärregelung, Netzverluste und direkt der Netzebene 3 zuordenbaren Anlagen verbleibenden Netzkosten des Höchstspannungsnetzes im Verhältnis der Gesamtabgabe nach elektrischer Arbeit (kWh) nach dem Brutto- Wälzverfahren berücksichtigt.“

Ad § 4 Abs. 1 Z 8 (Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke):

Die Verankerung eines eigenen (niedrigeren) Netznutzungstarifs für die Netznutzer „Pumpspeicherkraftwerksbetreiber“ wird aus folgenden Gründen abgelehnt: Sie findet keine gesetzliche Deckung, da das EIWOG 2010 keine Ausnahme hierfür vorsieht. Eine gleichheitswidrige Bevorzugung der Pumpspeicherkraftwerke ist auch in der geltenden Elektrizitätsbinnenmarkttrichtlinie nicht ausdrücklich vorgesehen.

Ein Ausbau der Übertragungsnetze ist notwendig, weil durch die Neuerrichtung von Pumpspeicherkraftwerken bzw. der Kapazitätserweiterungen bestehender Pumpspeicherkraftwerke (Erhöhung des Pumpstrombedarfs) mit den bestehenden Kapazitäten nicht mehr das Auslangen gefunden werden kann. Zu welchen Zwecken die elektrische Energie verwendet wird - also auch wenn mit Hilfe des gepumpten Wassers dann wieder Strom erzeugt wird - ist unter dem Gesichtspunkt des „Netzregelungsrechts“ letztlich irrelevant.

Auch ist zu beachten, dass die Gewährung eines niedrigeren Netznutzungstarifs per Verordnung überdies als eine staatliche Beihilfe gewertet werden könnte.

Referentin:
Mag. Pass
☎ 4000 - 89959

Mit freundlichen Grüßen
Die Abteilungsleiterin:
Dr. Donner



Dieses Dokument wurde amtssigniert.

Informationen zur Prüfung der elektronischen
Signatur und des Ausdrucks finden Sie unter:
<https://www.wien.gv.at/amtssignatur/>

Nachrichtlich an:

- 1.) Verbindungsstelle der Bundesländer, z.H. Mag. Hansjörg Teissl;
- 2.) MD-K;
- 3.) MD-VD;
- 4.) MD-BD;
- 5.) MD-E;
- 6.) MA 5;
- 7.) MA 20;
- 8.) MA 27;
- 9.) Wien Energie GmbH;
- 10.) Wien Energie Stromnetz GmbH.